

**Sitzungsvorlage-Nr. 32/0391/XV/2010**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz</b>	19.04.2010	öffentlich

**Tagesordnungspunkt:****Länderübergreifende Krisenmanagementübung (LÜKEX) am 27. / 28.01.2010****ÜBUNG LÜKEX 2010**

Am 27./28.01.2010 fand in der Bundesrepublik Deutschland eine länderübergreifende Krisenstabsübung unter der Bezeichnung „LÜKEX 2010“ statt. Neben den Krisenstäben des Bundesinnen- und des Bundesumweltministeriums waren die Krisenstäbe der Landesregierungen der vier Kernübungsländer Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein an der Übung beteiligt.

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte entschieden, dass neben der Bundesübung auch vier landesweite Teilübungen stattfinden. An diesen Landesübungen waren beteiligt die Stadt Köln, der Kreis Lippe mit der Stadt Lemgo, der Oberbergische Kreis mit der Stadt Gummersbach und der Rhein-Kreis Neuss mit der Stadt Dormagen.

Ziel der nordrhein-westfälischen Landesübungen war eine Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen den Krisenstäben des Landes, der Bezirksregierungen sowie der Kreise und kreisfreien Städte. Zeitgleich sollten die Katastrophenschutzkonzepte des Landes „Behandlungsplatzbereitschaft 50 NRW (BHP), Patiententransportzug 10 NRW (PTZ) und Verletztendekontaminationsplatz 50 NRW (V-Dekon)“ praktisch beübt werden.

An der Übung im Rhein-Kreis Neuss nahmen bei widrigen Witterungsverhältnissen ca. 450 ehrenamtliche Kräfte teil. Im operativ-taktischen Teil der Übung wurden die Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr Dormagen von den Hilfsorganisationen im Rhein-Kreis Neuss sowie Kräften der Feuerwehren Grevenbroich, Kaarst, Korschenbroich, Krefeld, Meerbusch, Neuss und des Kreises Viersen unterstützt.

Am politisch-administrativen Teil der Übung nahmen der Krisenstab des Rhein-Kreises Neuss, das Call-Center des Rhein-Kreises Neuss, der Stab für außergewöhnliche Ereignisse der Stadt Dormagen sowie der Kreis Minden-Lübbecke teil.

Nachbesprechungen der an der Übung im Rhein-Kreis Neuss beteiligten Kräfte zeigten, dass die Landeskonzepte in der Praxis grundsätzlich umsetzbar sind; vereinzelte Änderungswünsche wurden dem Innenministerium NRW mitgeteilt.

Die vom Innenministerium NRW eingesetzten offiziellen Übungsbeobachter haben ihr Statement noch nicht abgegeben.